

Afghanistan-Einsatz gescheitert: Zivilist*innen evakuieren!

Die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) appelliert an die Bundesregierung bedrohte Zivilist*innen umgehend aus Afghanistan zu evakuieren. Zudem fordert die Friedensorganisation Lehren aus dem gescheiterten Einsatz der Bundeswehr und ihrer Verbündeten zu ziehen.

Die islamistischen Taliban haben weite Gebiete Afghanistans unter ihre Kontrolle gebracht. Die Lage ist für viele Zivilist*innen fatal. Die DFG-VK fordert nach dem Stopp der Abschiebungen aus Deutschland deshalb die sofortige Evakuierung aller Ortskräfte und Partner*innen der Bundesregierung und deutscher Organisationen und Stiftungen sowie ein Aufnahmeprogramm für die Menschen in Afghanistan, die sich in den letzten Jahren unter anderem für Demokratie, Frauenrechte und eine freie Gesellschaft eingesetzt haben. „Für diese Menschen muss es einen legalen Weg geben vor den Taliban zu fliehen und Schutz zu bekommen – es geht darum Verantwortung zu übernehmen, die Menschen nicht im Stich zu lassen und Leben zu retten“, so Katharina Müller, Bundessprecherin der DFG-VK. Die Ausreise dieser Menschen und der Familiennachzug für diejenigen, die bereits in Deutschland leben, müsse jetzt schnell und unbürokratisch ermöglicht werden.

Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, zieht eine vorläufige Bilanz aus dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan: „20 Jahre militärischer Besatzung haben dem Land nichts gebracht.“ Die DFG-VK habe die westliche Intervention in Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 von Beginn an abgelehnt. „Der Einsatz war von Anfang an ein Fehler“, kritisiert Schulze von Glaßer. Zudem hätten die westlichen Besatzer*innen den strategischen Fehler begangen die Zivilgesellschaft und die lokale Wirtschaft zu wenig zu fördern. Stattdessen habe der Fokus beinahe ausschließlich auf dem Militär gelegen. Allein der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch soll nach Angaben der Bundesregierung seit 2001 rund 12,5 Milliarden Euro gekostet haben. Zudem haben mehr als 50 deutsche Soldaten in dem Land ihr Leben verloren. „All das war umsonst. Afghanistan macht deutlich: Militär-Interventionen können keine politischen Konflikte lösen“, so Michael Schulze von Glaßer. Die DFG-VK weise daher alle Rufe nach einer erneuten Militärintervention im Land scharf zurück: „Afghanistan sollte der deutschen Politik eine Lehre sein: Die militärische Sicherheitspolitik ist auf ganzer Linie gescheitert – es darf keine weiteren Auslandseinsätze der Bundeswehr mehr geben und aktuelle Einsätze müssen beendet werden“, fordert der DFG-VK Geschäftsführer.

Für Interviews oder bei Nachfragen nehmen Sie bitte jederzeit telefonisch unter +4917623575236 oder per E-Mail unter svg@dfg-vk.de Kontakt auf!

Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Stuttgart 16. August 2021